
Vorsitz: Spanien**646. PLENARSITZUNG DES RATES**1. Datum: Donnerstag, 18. Januar 2007Beginn: 10.05 Uhr
Schluss: 13.10 Uhr2. Vorsitz: C. Sánchez de Boado y de la Válgoma3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:Punkt 1 der Tagesordnung: ANSPRACHE DES MINISTERS FÜR AUSWÄRTIGE
ANGELEGENHEITEN DEUTSCHLANDS,
S.E. FRANK-WALTER STEINMEIER

Vorsitz, Minister für auswärtige Angelegenheiten Deutschlands (PC.DEL/19/07), Aserbaidtschan (auch im Namen Georgiens, Moldaus und der Ukraine) (PC.DEL/32/07), Schweiz (PC.DEL/30/07 OSCE+), Russische Föderation (PC.DEL/44/07 OSCE+), Armenien, Bosnien und Herzegowina (PC.DEL/41/07 OSCE+), Usbekistan, Serbien (PC.DEL/36/07), Kasachstan (PC.DEL/35/07), Montenegro (PC.DEL/37/07 OSCE+), Norwegen (PC.DEL/25/07 OSCE+), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/33/07), Türkei (PC.DEL/45/07), Kanada, Albanien (PC.DEL/27/07 OSCE+), die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien

Punkt 2 der Tagesordnung: PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN

(a) *Präsidentenwahlen in Turkmenistan am 11. Februar 2007:* Vorsitz, Generalsekretär, Deutschland – Europäische Union (mit den Bewerberländern Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Türkei; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien; sowie den dem Europäischen Wirtschaftsraum angehörenden EFTA-Ländern Island und Norwegen) (PC.DEL/21/07), Turkmenistan (PC.DEL/26/07 OSCE+)

(b) *Jüngste Entwicklungen betreffend die Energiesicherheit:* Deutschland – Europäische Union (mit den Bewerberländern Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Türkei; den Ländern des Stabilisierungs-



646. Plenarsitzung

PC-Journal Nr. 646, Punkt 5 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

Auf der Sitzung des Ständigen Rates vom 11. Januar 2007 behielt sich die Europäische Union das Recht vor, auf die Interpretative Erklärung der Delegation von Belarus in Zusammenhang mit dem Beschluss des Ständigen Rates, das Mandat des OSZE-Büros in Minsk bis 31. Dezember 2007 zu verlängern (PC.DEC/775), zurückzukommen.

Die EU teilt nicht die Meinung der Delegation von Belarus, dass das OSZE-Büro in Minsk „seine Aufmerksamkeit in erster Linie auf die Übertragung seiner Aufgaben und Erfahrungen an die staatlichen Institutionen von Belarus konzentrieren“ sollte. Den Schwerpunkt der Arbeit des Büros auf diese Weise einzuschränken, entspricht sicherlich nicht seinem Mandat. Die EU möchte betonen, dass die OSZE-Missionen in der Lage sein sollten, Programme und Projekte in allen in ihren Mandaten festgelegten Bereichen durchzuführen und den Regierungen ihrer Gastländer damit bei der Umsetzung ihrer OSZE-Verpflichtungen zu helfen.

Wir ersuchen um Aufnahme dieser Erklärung in das Journal des Tages.

Die Bewerberländer Türkei, Kroatien und ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien*, die Länder des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländer Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien sowie die Ukraine schließen sich dieser Erklärung an.

* Kroatien und ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien gehören weiter dem Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess an.